

Kein Stein ist mehr auf dem anderen

Eskalation im Nahen Osten: „Militärische Spannungen“, FR-Politik vom 8. Oktober

Verbrechen folgt auf Verbrechen

Derzeit jährt sich der Tag, an dem aus dem Gazastreifen heraus Tausende israelischer Zivilisten oft grausam ermordet wurden. Israel nahm dies zum Anlass, um im Gazastreifen einzuzumarschieren und das Gebiet dort so lange zu bombardieren, bis bald kein Stein auf dem anderen blieb und Tausende ihr Hab und Gut und oft ihr Leben ließen. Das Verbrechen des einen wurde jeweils mit dem Verbrechen des anderen „gerechtfertigt“. Absichtsvoll übersehen wurde dabei, dass nun einmal der, der ein Verbrechen begeht, für seine Tat auch verantwortlich ist.

Nach dem gleichen Denkschema verfahren heute in der erweiterten Kriegsfassung die beteiligten Staaten: Wenn Israel hundert Raketen auf den Libanon abschießt, „muss“ die Hisbollah dort zweihundert zurückschießen (oder umgekehrt), sonst „verlöre“ sie das Gesicht. Auf die Idee, diese Fratze des Krieges durch ein freundliches oder wenigstens friedliches Ge-

sicht zu ersetzen, also aus der Gewaltspirale auszusteigen, kommt anscheinend niemand!

Übrigens: Wer glaubt denn allen Ernstes, mit der physischen Tötung von einigen Dutzend Hamas- oder Hisbollahführern sei auch die Idee gestorben, Israel zu vernichten? Da gehört schon eine umfassende Friedensordnung und die Erfahrung her, dass man mit dem Feind von einst auch friedlich zusammenarbeiten kann. Wem aber Familienmitglieder totgeschossen wurden, der wird zu einer Zusammenarbeit mit dem Feind nicht so schnell bereit sein.

Rolf Blees, Langen

Wo tausende Unschuldige wahllos getötet werden

Die Demonstration pro Palästina gegen Israel unter dem Motto „Für ein freies Palästina – Der Sieg gehört der Gerechtigkeit“ durfte am 7. Oktober laut Verwaltungsgerichtsbeschluss stattfinden.

Wenn nun die Anmelderin Aitak Baurani auf ihrem Instagram-Account verlauten lässt: „Wer diesem Verbrechen [ge-

meint ist nicht das tatsächliche der Hamas, sondern das Selbstverteidigungsrecht Israels] keine Aufmerksamkeit schenkt, verurteilt aus meiner Sicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit“, dann erscheint dies als Aufruf zu körperlicher Gewalt gegen die, die den brutalen Angriff der Hamas auf Israelis vor genau einem Jahr verurteilen. Das sollte der Hessische Verwaltungsgerichtshof bei einer Beschwerde gegen diesen Beschluss berücksichtigen.

Trotz alledem ist es eine Tatsache, dass die palästinensischen Terrorgruppen seit Jahren Israelis bedrohen und Israel bombardieren und auch radikale israelische Siedler mit Duldung der israelischen Regierung palästinensisches Land illegal besetzen, Palästinenser mit Waffengewalt vertreiben oder gar erschießen.

Aber auch das Selbstverteidigungsrecht Israels hat da seine Grenzen, wo Tausende von unschuldigen Zivilisten wahllos getötet werden.

Horst Adamitz, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/nahost



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241008

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit den Regisseuren und Schauspielern Willy Praml und Michael Weber über ihr Leben und ihre Arbeit. Es werden Bilder aus Jahrzehnten Theater und Szenen aus Stücken zu sehen sein. Um Anmeldung wird gebeten.

Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46a
Frankfurt

Hannings Voigts moderiert die Podiumsdiskussion „Am autoritären Kippunkt?“ Zum Rechtsruck in Deutschland. Mit Michaela Köttig, Daniel Mullis und Anne Rabe.
Freitag, 11. Oktober, 20 Uhr
Studierendenhaus am Campus Bockenheim der Goethe-Uni
Mertonstr. 26, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Verleger, Schriftsteller und Kulturmanager Halldór Gudmundsson über sein Buch zur Literaturgeschichte Islands: „Im Schatten des Vulkans“. Um Anmeldung wird gebeten.
Donnerstag, 17. Oktober, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46a
Frankfurt

Karin Dalka spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“.
Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1.
Frankfurt

Lobbyismus hat Grenzen

Straßenbau: „Im Netz der Asphalt-Lobby“, FR-Wirtschaft vom 5.10.

Sollte die These stimmen, dass die Asphaltlobby den Fernstraßenausbau vor sich her treibt, fragt man sich, warum nur jährlich zehn Prozent der maroden Brücken saniert werden. Sollte Greenpeace recht haben, müsste dies wesentlich schneller gehen. Der Wohnungsbau müsste explodieren, da es sicherlich eine ähnlich gut funktionierende Baulobby gibt. Und der Ausbau des Schienennetzes sollte rasch voranschreiten, weil dort die Lobbyisten das Geschehen bestimmen.

Solange der Staat fast pleite ist, kann selbst der engagierteste Lobbyist wenig erreichen. Es ist nicht anzuzweifeln, dass wir ein sehr dichtes Straßennetz haben, aber dafür haben wir auch eine einigermaßen gut funktionierende Wirtschaft. Die von uns allen bestellten Pakete müssen ankommen, in unseren Supermärkten sind die Regale zu füllen, die Rundschau soll pünktlich zugestellt werden und der Baumarkt braucht neue Dichtungsringe. Dafür braucht man Verkehrswege. Reinhold Richter, Obertshausen

Im Eisbad des Kapitalismus

Zu: „Rekonstruktion einer DDR, die es nie gab“, FR-Feuilleton vom 4.10.

Der Historiker Kowalczyk meint, dass 95 Prozent der Arbeitenden in der DDR „Staatsangestellte“ waren, für die in einem Rundumsorglos-Paket Arbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung nicht vorgesehen waren. Nach dem Mauerfall konnten sie noch weiterleben wie bisher, nach der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 nicht mehr. Die Menschen erlebten das „Eisbad“ des knallharten Kapitalismus, in dem zwar viel von Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung geredet wird, in dem aber das Kapital über die Arbeit herrscht und die Reichen auf Kosten der Mehrheit immer reicher werden. Ein Aufeinander-Zugehen zwischen demokratischen Ansätzen, die es ja auch in der DDR gab, und Eigenverantwortung, wie sie in der BRD wenigstens gefordert wird, wäre für alle in West und Ost sinnvoller gewesen als die „Wiedervereinigung“, die Deutschland mit einem „sterilen Feiertag“, 35 Jahre nach dem Mauerfall, hinter sich gebracht hat, wie Richard Meng zu Recht in seiner Kolumne schreibt.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

SORRY

Im Artikel „Stress und Entspannung angesichts des Todes“ (5.10., S.36) schrieben wir, der Komponist Bernd Alois Zimmermanns habe sich erschossen. Er hat sich 1970 tatsächlich das Leben genommen, aber nicht mit einer Schusswaffe.

Kümmert Euch endlich um die Klimakrise!

Zu: „Migration treibt nur Deutsche um“, FR-Politik vom 4. Oktober

Die Erde brennt, vertrocknet oder wird überflutet. Je nachdem, welches Extremwetterereignis gerade durch die Klimaänderungen stattfindet. Aber bei uns diktiert die AfD, dass ausschließlich über Migration gesprochen wird. Vor allem Friedrich Merz springt über dieses Stöckchen und macht sich zum besten Wahlkämpfer der AfD. Dazu noch diese Erkenntnis: Der Anteil der Flüchtlinge, die 2015 kamen und heute Arbeit haben, ist genau so groß wie bei den „guten Deutschen“.

Pluspunkt für die Reichen in Deutschland: Die Flüchtlinge machen die schlecht bezahlten Jobs, die sonst niemand machen will. Wenn wir also ein Problem ganz sicher nicht haben, Herr Merz: Es gibt keine Einwanderung, die unsere Sozialleistungen ausnutzt! Hört endlich auf, die Hetze und den Hass gegen die voran zu treiben, die zu uns kommen. Die sind nicht das Problem für Deutschland. Abgesehen davon, dass unser Land durch 32 Jahre Union im Kanzleramt seit 1983 kaputt gemacht

wurde und in allen Bereichen marode oder rückständig ist, gibt es eine große Aufgabe von wirklich existenzieller Bedeutung! Macht endlich wieder Politik für Land und Leute. Und für Eure Kinder und Enkel! Kümmert Euch um die Klimakrise! Wer 2024 die Migration als größtes Problem Deutschlands bezeichnet, hat den Bezug zur Realität völlig verloren, betreibt puren Populismus und vergeht sich an Land, Leuten und künftigen Generationen!

Stefan Bluemer, Essen

Aufruf zum Frieden im Sinne des Aggressors

Großdemo „Nie wieder Krieg“: „Tausende gegen Waffen für Kiew“, FR-Politik vom 4. Oktober

Wenn ein Land ein anderes Land über Nacht überfällt – gegen jedes Völkerrecht, gegen mühsam ausgehandelte internationale Abkommen und wohl in dem Glauben, dabei leichtes Spiel zu haben –, dann ist das empörend. Dann muss demonstriert werden, und zwar zu Tausenden. So habe ich vor den Toren der Militärbasis bei Ramstein demonstriert mit einem heftigen Statement gegen den Überfall der Amerikaner auf den Irak. Damals schien scharfe Kante unumgänglich. Generell ging es bei dieser Demonstration um die aggressive Hegemonialpolitik von Amerikas Präsident Bush. Auch Franz Alt war damals unter den Rednern und natürlich Friedensfreund und Rhetorikstar Oskar Lafontaine. Jetzt aber, wo wieder ein verhältnismäßig kleines Land von einer Atom-

macht überfallen worden ist, schont Lafontaines Gemahlin bei ihren Friedensaufrufen ausgerechnet den Aggressor und lässt kein gutes Haar an jenen, die David gegen Goliath beispringen wollen. So als hätte man damals an Irak appelliert: Unterwirf dich mal schön, lass die Diplomatie sprechen.

Man fragt sich: Warum demonstrieren neuerdings unsere heutigen Friedensfreunde nicht unübersehbar und unüberhörbar so deutlich und so nah wie möglich beim Aggressor – nicht in Berlin, sondern auf dem Roten Platz? Fürchtete man sich vor einer Lektion in gelebter Demokratie durch das Eingreifen von Putins Elitepolizisten? Wenn es einem so um Frieden geht, hätte man doch wenigstens in Berlin vor der russischen Botschaft demonstrieren und mitreisende

Reden halten können. Und wenn die Friedensfreunde wenigstens meinen sollten, Freund Putin schieße bei seiner fast drei Jahre sich hinziehenden Nazibekämpfung in der Ukraine, genannt „Spezialoperation“, etwas über sein Ziel hinaus, dann wäre doch vor Putins Botschaft jederzeit sicher etwas gegen die Bombardierung von Kinderkrankenhäusern oder gegen Massenvergewaltigungen vorzubringen.

Man ist zutiefst verunsichert im Glauben an Verstand, Logikfähigkeit und Empathie seiner Mitmenschen, da all das, was hätte getan oder gesagt hätte werden können, von manchen Friedensfreunden nicht getan worden ist und wohl auch nicht so rasch getan werden wird.

Ulrich Mohr, Hochstadt

Diskussion: frblog.de/frieden-2